

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst**  
**am 08.06.2017**

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier  
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellvertretender Bezirksbürgermeister (RM)  
Herr Klaus-Dieter Hoffmann  
Herr Simon Lange  
Herr Günter Möller  
Herr Werner Thole - Vorsitzender (RM)  
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth  
Herr Nesrettin Akay - Vorsitzender  
Frau Ursula Fecke  
Frau Melanie Grbeva

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vorsitzender  
Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Entschuldigt fehlt

SPD

Herr Patrick Mayregger

Verwaltung

Herr Weigel	Bauamt	(zu TOP 6)
Herr Bergmeier	Bauamt	(zu TOP 7)
Frau Opitz	Amt für Verkehr	(zu TOP 9)
Herr Dodenhoff	Bauamt	(zu TOP 10)
Frau Angelow	Bauamt	(zu TOP 10)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmeapparates aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst**

#### *a) Öffnungszeiten der Bürgerberatung, Filiale Hillegossen*

Frau Berslau (Einwohnerin des Stadtteils Hillegossen) stellt wie schon in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 30.03.2017 fest, dass die aktuellen Öffnungszeiten der Bürgerberatung, Filiale Hillegossen, nicht akzeptiert werden. Es sei nicht einmal der Donnerstagnachmittag geöffnet. Auch moniert sie erneut, dass die Öffnungszeiten nicht veröffentlicht worden seien.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer versichert Frau Berslau, dass die Bezirksvertretung hinter dem Wunsch nach erweiterten Öffnungszeiten der Bürgerberatung in der Filiale Hillegossen stehe. Ansprechpartner sei aber der Oberbürgermeister.

#### *b) Fußläufige Verbindung vom Fadenweg zur Oerlinghauser Straße*

Frau Helga Brand (Einwohnerin des Stadtteils Stieghorst) übergibt zunächst gesammelte Unterschriften für eine Öffnung des Weges zwischen Fadenweg und Oerlinghauser Straße, zudem eine Einverständniserklärung des betreffenden Grundstückseigentümers, an Herrn Bezirksbürgermeister Schäffer. Sie führt ergänzend aus, dass es für Fußgänger und Fußgängerinnen gefährlich sei, von der Oerlinghauser Straße aus zu den Einkaufsmärkten Aldi und Rewe zu gelangen.

Herr Martin Brand regt an, die Problematik im kleinen Kreis zu diskutieren. Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt zu, nach Durchsicht der überreichten Unterlagen, einen Termin zu vereinbaren.

Herr Brand bringt seine Erwartung zum Ausdruck, dass die Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung nach der Sommerpause auf der Tagesordnung behandelt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 1 \*

## Zu Punkt 2

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 25. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 11.05.2017

Ohne Aussprache ergeht folgender

#### B e s c h l u s s:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 11.05.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 2 \*

-.-.-

## Zu Punkt 3

### Mitteilungen

#### 3.1

#### Programm des Freizeitentrums Stieghorst

Herr Skarabis verweist auf den vor der Sitzung verteilten Flyer, der das Programm des Freizeitentrums Stieghorst für die Monate Juni bis September 2017 enthält.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 3.1\*

-.-.-

#### 3.2

#### Hundefreilauffläche im Stadtbezirk Stieghorst (vgl. BV Stieghorst – 06.10.2016 – TOP 8)

Herr Skarabis berichtet, dass nach Prüfung des Umweltamtes eine an der Straße Tackeloh gelegene Fläche als Hundenauslaufbereich geeignet sei. Nach Stellungnahme vom 08.06.2017 handele es sich um eine südlich des Verbindungsweges zwischen der Bielitzer Straße und Schneidemühler Straße westlich des Regenrückhaltebeckens und östlich der Grabeländer gelegene Fläche von ca. 8.000 m<sup>2</sup>, die derzeit landwirtschaftlich genutzt werde.

Die Kosten für die Herrichtung und Unterhaltung einer ca. 6.500 m<sup>2</sup> großen Teilfläche betragen unter Einbeziehung des Entfalls der Pacht aus der bisherigen Nutzung ca. 8.000 Euro/Jahr. Entsprechende Finanzmittel ständen derzeit im Haushaltsplan nicht zur Verfügung.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob es grundsätzlich möglich sei, dass die Kosten von einer zu gründenden Interessengemeinschaft getragen werden. Dies wird von Herrn Skarabis bejaht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 3.2\*

-.-.-

#### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - nichtöffentlich - TOP 4 \*

-.-.-

#### **Zu Punkt 5 Anträge**

##### **Zu Punkt 5.1 Parkplatz am Osningstadion: Verbesserung des baulichen Zustandes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4909/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem ISB nach Lösungen zu suchen, die den Zustand des Parkplatzes am Osningstadion in Hillegossen dauerhaft verbessern, um eine vernünftige Nutzung des Parkplatzes zu ermöglichen. Die gefundenen Lösungen sind sofort umzusetzen. Bei Notwendigkeit ist das Vorhaben in den Wirtschaftsplan des ISB aufzunehmen.“*

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) führt aus, dass der Parkplatz des erst vor zwei Jahren renovierten Osningstadions von vielen Besuchern genutzt werde. Seinerzeit sei Schotter bzw. Split aufgebracht worden. Der Belag sei aber für eine dauerhafte Nutzung nicht geeignet. So sei erst vor kurzem eine Ausbesserung von Löchern erfolgt. Die Verfüllungen hielten nicht. Eine Verkehrssicherheit sei nicht gegeben.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) zeigt sich enttäuscht. Nach der ganztägigen Bereisung am 22.05.2017 habe es eine klare Abmachung gegeben. Warum nunmehr ein Antrag nur für den Parkplatz am Osningstadion und nicht für alle Vereinbarungen des Tages gestellt werde, könne er nicht nachvollziehen.

Herr Akay weist darauf hin, dass der Antrag bereits vor der Bereisung im Bezirksamt Heepen eingegangen sei.

Herr Thole bemängelt die Art und Weise, wie miteinander umgegangen werde, und kündigt einen Änderungsantrag an.

Herr Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier regt an, den Antrag folgendermaßen zu formulieren:

*Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem ISB nach Lösungen zu suchen, die den Zustand des Parkplatzes am Osningstadion in Hillegossen dauerhaft verbessern, um eine vernünftige Nutzung des Parkplatzes zu ermöglichen. Die gefundenen Lösungen einschließlich einer Kostenschätzung sind in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung vorzustellen. Bei Notwendigkeit ist das Vorhaben dann in den Wirtschaftsplan des ISB aufzunehmen.*

Herr Akay signalisiert Zustimmung.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem ISB nach Lösungen zu suchen, die den Zustand des Parkplatzes am Osningstadion in Hillegossen dauerhaft verbessern, um eine vernünftige Nutzung des Parkplatzes zu ermöglichen. Die gefundenen Lösungen einschließlich einer Kostenschätzung sind in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung vorzustellen. Bei Notwendigkeit ist das Vorhaben dann in den Wirtschaftsplan des ISB aufzunehmen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 5.1\*

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 "Wohnen am Bollholz" für das Gebiet südlich der Straße Am Bollholz, westlich der Stadtgrenze Bielefeld, nördlich der Bahnlinie Bielefeld - Lage sowie östlich der Straße Am Rollkamp** **- Stadtbezirk Stieghorst -** **- Beschluss über die Anwendung der 25% Quote zur Umsetzung von öffentlich geförderten sozialen Mietwohnungen**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4851/2014-2020

Herr Weigel (Bauamt) erläutert die Beschlussvorlage. Der Investor plane für das Bebauungsplangebiet vornehmlich Ein- und Zweifamilienhäuser.

Aus städtebaulicher Sicht werden aufgelockerte Bebauungsstrukturen mit einer geringen Dichte in dieser Ortsrandlage begrüßt; dies entspreche auch der bislang verfolgten städtebaulichen Rahmenplanung in dem Gebiet.

Ein ursprünglich vorgesehenes Mehrfamilienhaus auf einer Fläche, die im Eigentum eines anderen Grundstückseigentümers stehe, solle nach aktuellem Stand nicht (mehr) realisiert werden.

Dem gegenüber stehe der Ratsbeschluss, wonach in allen Bebauungsplangebieten eine Quote von 25 % des zu errichtendem Wohnraumes für öffentlich geförderte soziale Mietwohnungen vorzuhalten ist, möglichst in Mehrfamilienhäusern.

Dieser Beschluss könne zu einer höheren Dichte als hier beabsichtigt führen. Die Vorlage solle auf den Konflikt hinweisen, der sich daraus ergebe.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass bei einer Einhaltung der 25 %-Quote mehr Wohneinheiten entstehen, so dass z. B. mehr Kita-Plätze benötigt würden und die Grundschule höhere Anmeldezahlen erreiche. Mit dem vorhandenen Ratsbeschluss müsse man umgehen. Nach Mitteilung der Wohnungsbauförderung könnten auch Ein- oder Zweifamilienhäuser öffentlich gefördert werden. Er fragt, wie man den Investor verpflichten könne, Häuser mit solcher Förderung bzw. Mehrfamilienhäuser zu bauen.

Herr Weigel erläutert, dass der Aufstellungsbeschluss zeitlich vor dem Ratsbeschluss erfolgt sei und der Investor somit ursprünglich andere Rahmenbedingungen gehabt habe. Diese hätten sich nachträglich geändert. Er halte es für schwierig dem Investor daraus resultierend jetzt die konkreten Gebäudetypen, die zu fördern wären, vorzuschreiben. Aus städtebaulicher Sicht sei die von dem Investor vorgesehene aufgelockerte Bebauung zu befürworten.

Herr Akay betont, dass die SPD-Fraktion zu bezahlbarem Wohnraum stehe, aber dies nicht zu einer übermäßigen Verdichtung führen dürfe. Er beantragt eine 1. Lesung, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) erklärt, dass die CDU-Fraktion abstimmungsbereit sei. Man könne den Argumenten der Verwaltung folgen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer fragt nach, wie mit dem im Bebauungsplan vorgesehenen Mehrfamilienhaus auf dem Grundstück des privaten Eigentümers umgegangen werde.

Herr Weigel stellt fest, dass es keinen Sinn mache an dieser Planung festzuhalten, wenn der Eigentümer nicht die Absicht verfolge dies hier umzusetzen, da

dieser eher ein Einfamilienhaus errichten wolle. Sofern im Plangebiet jedoch ein Mehrfamilienhaus errichtet würde, könne dies auf das gesamte Plangebiet angerechnet werden.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Aufklärung, ob die 25 %-Quote auch angewendet werden könne, wenn der Investor die Planung schon eingereicht habe.

Herr Weigel erläutert, dass das Bebauungsplanverfahren sich im Stadium des Entwurfsbeschlusses befinde und der Ratsbeschluss dahingehend erweitert wurde, dass diese Vorhaben ausdrücklich einzubeziehen seien.

Auf erneute Nachfragen von Herrn Burauen erklärt Herr Weigel, dass nach Auskunft der Wohnungsbauförderung auch in Doppelhäusern mehrere geförderte Wohneinheiten vorgesehen werden können und somit der Status eines Mehrfamilienhauses erreicht werden könne. Zwar werde sich dann vom städtebaulichen Erscheinungsbild weiterhin eine aufgelockerte Bebauung ergeben, jedoch erhöhe sich die Zahl der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner im Gebiet.

Bezogen auf das für ein Mehrfamilienhaus vorgesehene Grundstück könne dem privaten Grundstückseigentümer nicht verweigert werden, ein Einfamilienhaus zu bauen, sofern dies den Festsetzungen des Bebauungsplanes ansonsten entsprechen würde. Steuerbar sei aber umgekehrt, wieviel Wohnungen pro Wohngebäude maximal errichtet werden dürfen.

Herr Thole betont erneut, dass die CDU-Fraktion abstimmungsbereit sei und verweist auf den bestehenden Wohnungsmangel.

Herr Akay hält den Antrag aufrecht, für die Vorlage eine 1. Lesung zu beschließen.

Es ergeht folgender Beschluss:

**Die heutige Beratung ist als 1. Lesung zu betrachten.**

Dafür: 8 Stimmen  
Dagegen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

*Herr Thole hat an der Abstimmung im Rahmen von Pairing nicht teilgenommen.*

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 6\*

-.-.-

Zu Punkt 7

**4. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/4/17.01 "Mischgebiet Lipper Hellweg westlich der Osningstraße" für einen Teilbereich südlich der Detmolder Straße, westlich der Osningstraße, nördlich der Lonnerbachstraße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Stieghorst -**  
**Beschluss über Stellungnahmen**  
**Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4867/2014-2020

Herr Bergmeier (Bauamt) skizziert kurz das bisherige Verfahren und verweist darauf, dass die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange der Vorlage zu entnehmen sind.

Herr Lasche (Bündnis 90/Die Grünen) hinterfragt, warum der durch die geplanten Vorhaben ausgelöste Spielflächenbedarf mit einer Verbesserung eines Spiel- und Bolzplatzes außerhalb des Plangebietes gelöst werden könne. Es würden keine Spielflächen geschaffen, sondern man kaufe sich frei.

Herr Bergmeier stellt dazu fest, dass mit dem Umweltamt eine Vereinbarung getroffen worden sei, dass aufgrund der ausreichenden Spielflächenversorgung im Untersuchungsraum ersatzweise die andere Fläche aufgewertet werden könne.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) signalisiert Zustimmung ihrer Fraktion zu der Beschlussvorlage.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

1. Die Äußerungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB werden gemäß Anlage A1 zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahmen der Bezirksregierung Detmold, der Unitymedia NRW GmbH, der moBiel GmbH und der Deutschen Telekom Technik GmbH zum Entwurf werden gemäß Anlage A2 zur Kenntnis genommen.
3. Der Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld GmbH zum Entwurf wird gemäß Anlage A2 teilweise gefolgt.
4. Der Stellungnahme der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld GmbH (WEGE) wird gemäß Anlage A2 nicht gefolgt.
5. Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der Verwaltung zum Bebauungsplanentwurf werden gemäß Anlage A2 beschlossen.

6. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/4/17.01 „Mischgebiet Lipper Hellweg westlich der Osningstraße“ für einen Teilbereich südlich der Detmolder Straße, westlich der Osningstraße, nördlich der Lonnerbachstraße wird mit der Begründung als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
7. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) öffentlich bekannt zu machen und die Änderung des Bebauungsplans mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten.
8. Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes gemäß § 13a (2) BauGB wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 7\*

---

## Zu Punkt 8

### **Detmolder Straße in Bi-Stieghorst** **Barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle „Oerlinghauser Straße“** **stadteinwärts im Rahmen der kurzfristig anstehenden Deckensanie-** **rung der Detmolder Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4938/2014-2020

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass man sich schon mehrmals zu dieser Thematik geäußert habe. An der Forderung, die Bushaltestelle an der vorhandenen Stelle zu belassen, halte er fest. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) äußert, dass kein Buskap, sondern eine Busbucht gewollt sei. Die CDU-Fraktion werde die Vorlage ebenfalls ablehnen. Bei einer Verlegung sei auch nicht gewährleistet, dass wie bisher ein Unterstand an der Haltestelle aufgestellt werden könne. Er sei überzeugt, dass aufgrund des an dieser Stelle aktuell errichteten Neubaus die Haltestelle dort nicht richtig platziert sei, und erneuert die Forderung nach einer kostengünstigen Lösung am jetzigen Ort. Sofern dies nicht möglich sei, sollte die Verwaltung dann eben den teuren Ausbau verfolgen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer hat bei Rückstaus aufgrund der Verlegung der Bushaltestelle die Sorge, dass der Lipper Hellweg wieder als Ausweichstrecke genutzt werde.

Herr Thole und Herr Akay befürchten ebenfalls Verkehrsbehinderungen.

Es ergeht folgender

## **B e s c h l u s s:**

### **Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:**

Zur Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV an der Haltestelle „Oerlinghauser Straße“ in Richtung Innenstadt wird die Haltestelle um ca. 120 m in Richtung Innenstadt auf Höhe des Hauses Detmolder Straße 553, im Bereich der vorhandenen Querungshilfe am Einzelhandelszentrum Detmolder Straße (ehem. „Deppe“), verschoben und barrierefrei mit einem 18 m langen Buskap ausgebaut.

- einstimmig abgelehnt -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 8\*

-.-.-

## **Zu Punkt 9 Stand Breitbandausbau Stadt Bielefeld**

### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 4785/2014-2020

Frau Opitz (Amt für Verkehr) stellt sich als Breitbandkoordinatorin der Stadt Bielefeld vor und gibt anschließend einen Überblick über den Stand des Breitbandausbaus in Bielefeld.

Um Gebiete mit einer Bandbreite von weniger als 30 Mbit/s besser zu versorgen, sollen Netzbetreiber über Zuschussmöglichkeiten zu einem Ausbau veranlasst werden, auch wenn sich dies wirtschaftlich nicht rechnen. Sowohl beim Bund als auch beim Land seien entsprechende Fördermittel beantragt worden. Im März 2017 sei ein vorläufiger Förderbescheid vom Bund erfolgt, der sich zu 50 % an den entstehenden Kosten beteilige. Im Rahmen einer Kofinanzierung sei beim Land die Förderung des restlichen Anteils beantragt; eine vorläufige Zusage stehe derzeit noch aus, sei aber in Aussicht gestellt worden. Die Stadt Bielefeld müsse als HSK-Kommune keinen Eigenanteil tragen.

Im Stadtgebiet gibt es rund 1.900 Haushalte und ca. 400 im Sinne der Förderbestimmungen unterversorgte Gewerbebetriebe. Ein Viertel der Haushalte, die angeschlossen werden sollen, liegen in Stieghorst. Die Einzelgebiete werden von Frau Opitz näher bezeichnet.

Nach Erläuterung von Frau Opitz können sich die Netzbetreiber in einem Ausschreibungsverfahren bewerben. Dies müsse europaweit erfolgen und werde juristisch und planerisch extern begleitet. Nachdem ein Netzbetreiber gefunden worden sei, werde eine Prüfung des Vertrages mit dem Netzbetreiber durch die Bundesnetzagentur erfolgen. Danach könne das Projekt dem Bund und Land vorgestellt werden, so dass dann konkrete Förderungszusagen erteilt werden könnten. Insgesamt hofft Frau Opitz, dass die Ausbaurbeiten 2018 begonnen werden können.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer dankt Frau Opitz für ihren ausführlichen Vortrag und bittet um Fragen.

Herr Lange (CDU-Fraktion) fragt, nach welchem System die Verlegung der Leitungen erfolge, ob dafür das Verfahren des Trenchings genutzt werde.

Frau Opitz erläutert, dass das Trenching anders als die normale Tiefbauverlegung eine untiefe Verlegemethode sei. Dabei werde die Asphaltdecke aufgeschlitzt und das Kabel hineinverlegt. Anschließend werde verfüllt. Dieses Verfahren sei zwar kostengünstig, werde aber kontrovers diskutiert und durchaus kritisch gesehen, da damit eine Schwächung des Straßenaufbaus einhergehe. Die Stadt Bielefeld werde dies entsprechend prüfen. Auf Nachfrage von Herrn Lange erklärt Frau Opitz, dass die Bedarfe nicht allein auf Grundlage des Breitbandatlasses festgestellt wurden. So wurden die Netzbetreiber gebeten, Daten zur Verfügung zu stellen, die entsprechend ausgewertet wurden.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) fragt nach, ob es VDSL-Ausbauvorhaben gibt, die von Netzanbietern gemeldet wurden. Weiterhin bittet er um Auskunft zum Verfahren, wenn Hauseigentümer ein Angebot im Zuge des Breitbandausbaus erhalten und dies nicht nutzen möchten. Ihn interessiere weiterhin, ob die neue Gesetzeslage, die eine Versorgung aller Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s vorsehe, berücksichtigt werde.

Frau Opitz erläutert, dass Vectoring von der Telekom aufgebaut werde. Netzbetreiber könnten nicht zu einem Ausbau in Mangelgebieten gezwungen werden, man könne Gespräche führen oder als Kommune über Fördermittel finanzielle Anreize schaffen. Die Förderprogramme erfassten aber nur Haushalte unter 30 Mbit/s. Im Rahmen von Erschließungsverträgen sind Glasfaserleitungen in Neubaugebieten verpflichtend. Eine vorsorgliche Leerrohr-Verlegung im Rahmen von Straßenbauarbeiten sei nur dann sinnvoll, wenn entsprechende Planungen zu erwarten sind.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Angaben aus seiner Sicht nichts mit der Realität zu tun hätten. Er hinterfragt, warum nur eine Förderung von Haushalten bis 30 Mbit/s erfolge, da das Land eine Versorgung insgesamt mit mindestens 50 Mbit/s verfolge. Er halte Glasfaserkabel für entbehrlich, da die neue Technologie die bisherige, Kupferkabel, sei, und fragt nach, warum hier den Vorgaben der Industrie gefolgt werde.

Frau Opitz sieht ebenfalls eine Diskrepanz zwischen den von Herrn Burauen genannten Werten. Sie gehe davon aus, dass der Wert (30 Mbit/s) perspektivisch hochgesetzt werden müsse.

Die Auffassung von Herrn Burauen, dass Kupferkabel die Zukunft seien, könne sie nicht teilen. Sie bittet um Übermittlung der ihm vorliegenden Informationen dazu.

Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Schlifter erklärt Frau Opitz, dass die Telekom ein anderes Interesse habe als die kleineren Betreiber und das bestehende Netz bis zum Ende ausreizen wolle. Obwohl ein schnelleres Internet von allen Seiten gewünscht werde, schließen längst nicht alle neue Verträge ab. Gerade Unternehmen seien oftmals nicht bereit für einen besseren Service zu bezahlen. Dies sei aber auch im Privatbereich teilweise so.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt nach, was passiere, wenn das Land keine Förderzusage erteile; die Stadt Bielefeld sei ja HSK-Kommune.

Frau Opitz führt aus, dass noch keine Kommune in Nordrhein-Westfalen einen Förderbescheid erhalten habe; zzt. würden noch Abstimmungsverfahren laufen. Wenn tatsächlich 50 % der Mittel fehlen würden, sei ein Ausbau fraglich und müsse dann im politischen Raum entschieden werden.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob beim Ausbau der Detmolder Straße Leerrohre verlegt worden seien, damit nicht kurzfristig erneute Bauarbeiten stattfinden.

Frau Opitz sagt zu dies in Erfahrung zu bringen.

*Am 13.06.2017 teilte sie im Nachgang zur Sitzung mit, dass bei der Kreisverkehrsbaumaßnahme an der Detmolder Straße keine Mitverlegung eines Leerrohres für den Breitbandausbau erfolgt sei, da in diesem Bereich durch einen TK-Netzbetreiber bereits ein Leerrohr verlegt worden sei.*

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bedankt sich abschließend bei Frau Opitz im Namen der Bezirksvertretung für ihre Ausführungen.

*Die während der Sitzung gezeigte Präsentation ist im Internet auf [www.bielefeld.de](http://www.bielefeld.de) im Ratsinformationssystem abrufbar.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" hier: Neubau einer Stadtteilküche inkl. Begegnungsmöglichkeiten**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4942/2014-2020

Herr Dodenhoff (Bauamt) erläutert, dass das Sonderprogramm mit Berücksichtigung des Stadtteils Sieker bereits im letzten Jahr in der Bezirksvertretung vorgestellt worden sei. Aktuell möchte er konkrete Maßnahmen vorstellen, die zu 90 % aus den Fördermitteln des Programms getragen werden könnten. Die Mittel würden relativ kurzfristig abgerufen; eine Realisierung des Vorhabens müsste bis 31.12.2018 erfolgen.

Nachdem die ursprüngliche Planung, der Dachausbau des Jugendhauses, aufgrund von baurechtlichen und brandschutztechnischen Anforderungen nicht realisierbar sei, sollen die Mittel nunmehr in die Stadtteilküche inklusive Begegnungsmöglichkeit fließen. Im letzten halben Jahr habe ein umfassender Beteiligungsprozess stattgefunden. Workshops mit Anwohnerinnen und Anwohnern fanden statt, die vor Ort tätigen sozialen Träger und die Stadtteilkonferenz wurden beteiligt. Mit dem Immobilienservicebetrieb seien Abstimmungen erfolgt. Ein Architekturbüro wurde beauftragt um danach eine Entwurfsplanung zu erstellen. Diese wird von Herrn Dodenhoff erläutert. Aus architektonischer Sicht sollte die Geschichte des Ortes aufgegriffen werden; geplant sind ein an den

bestehenden Kotten anschließendes Gebäude sowie ein kleineres Backhaus.

Herr Dodenhoff führt aus, dass die Stadtteilküche zunächst durch die Quartiersbetreuung betrieben werden solle. Perspektivisch müsse dann die Trägerschaft geklärt werden. Für einen Übergangszeitraum sollen die Nebenkosten aus den laufenden Ausgaben der Dezernate 4 und 5 erfolgen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) freut sich über die Planungen, da das bestehende Gebäude zu klein ausgelegt sei. Er fragt nach, ob der Altbestand nicht komplett erneuert werden könne. Dies wird von Herrn Dodenhoff verneint, da dies der Zweckbindung der Fördermittel entgegenstehe.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) befürchtet, dass der Betrieb der Stadtteilküche einen Personalmehrbedarf auslösen könne. Aus seiner Sicht müsse eine Rundum-Betreuung erfolgen. Er bittet um Angaben darüber, welche konkreten Kosten im Übergangszeitraum zu übernehmen sind und welche Folgekosten zu erwarten seien. Er befürchte zudem Vandalismusschäden. Allein der Zeitdruck sei für ihn kein Argument.

Wenn keine konkreten Kosten beziffert werden könnten, erfolge von der CDU-Fraktion keine Zustimmung zu der Vorlage, auch vor dem Hintergrund der selbst auf dem Projekt-Flyer formulierten noch offenen Fragen.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) begrüßt das vorgestellte Projekt, fragt aber ebenfalls nach den geschätzten Kosten für die Betreuung. Weiterhin möchte er wissen, wie man die Anwohnerschaft bzw. die künftigen Nutzerinnen und Nutzer einbinde und wieviel Anwohnerinnen und Anwohner an den Workshops teilgenommen haben.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bewertet das Projekt ebenfalls positiv, hätte sich aber gewünscht, dass die Bezirksvertretung eher in die konkreten Planungen einbezogen worden wäre.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) bezeichnet das Projekt als „Sozialromantik“. Die Küche werde schnell heruntergewirtschaftet sein. Es hindere niemand die Nachbarschaft sich privat zu treffen. Dies sei nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand. Man könne den Bürgerinnen und Bürgern kaum erklären, dass aus Kostengründen die Bürgerberatung nur noch eingeschränkt geöffnet sei oder öffentliche Toiletten an der Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 3 in Stieghorst nicht errichtet werden könnten. Dem gegenüber solle so viel Geld für andere Zwecke ausgegeben werden.

Herr Dodenhoff erläutert, dass die Bewirtschaftungskosten für das Gebäude vom Immobilienservicebetrieb berechnet werden. Das Bauamt zahle eine Miete. Die Höhe der voraussichtlichen Kosten für Strom oder Wasser könne nicht beziffert werden.

Die Organisation der Workshops sei über den Gartenverein erfolgt. Zu den einzelnen Veranstaltungen seien zwischen 40 und 50 Personen erschienen. Dies stelle für den Stadtteil eine hohe Beteiligung dar. Die Stadtteilkonferenz sei eingebunden worden. Nach Angaben der sozialen Träger vor Ort habe sich die Lage verschärft; von allen Seiten werde ein hoher Handlungsbedarf formuliert. Die bestehenden Einrichtungen seien mehr als ausgelastet; man benötige Unterstützungsprojekte.

Über die Folgekosten sei keine sichere Aussage möglich. Es sei aber zu erwarten, dass die projektbezogene finanzielle Unterstützung auch in den nächsten

Jahren erfolge.

Herr Thole bemängelt, dass bei anderen Projekten geschätzte Folgekosten angegeben werden könnten. Außerdem sei für ihn die Frage der Betreuung ab 2020, mit Auslaufen der Quartiersbetreuung, weiterhin unbeantwortet, genauso wie die Frage eines erhöhten Personalbedarfs.

Herr Dodenhoff erklärt, dass man versuchen wolle mit den bestehenden Ressourcen zurechtzukommen, das sei bis Ende 2018 die laufende Quartiersbetreuung. Für einen nahtlosen Übergang werde versucht aus dem INSEK-Programm Fördergelder zu bekommen. Ab 2020 müssen die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen neu verhandelt werden. Man sei im Gespräch mit dem Sozialdezernat, dass die vorhandenen sozialen Träger in die Trägerschaft der vorhandenen Stadtteileinrichtung eintreten sollen. Wie hoch ein städtischer Anteil sei, könne derzeit noch nicht gesagt werden.

Herr Thole erwidert, dass er nicht daran glaube, dass die Maßnahme ohne Mehrpersonal zu verwirklichen sei. Er frage sich daher, ob die Quartiersbetreuung derzeit nicht ausgelastet sei.

Herr Dodenhoff erläutert, dass es ausgehalten werden müsse, dass hier ein offener Prozess stattfinde, auch bezüglich der Nutzung der Stadtteilküche

Herr Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier befürchtet nach Durchsicht der Planunterlagen, dass zum Vandalismus eingeladen werde und ständig Reparaturen erforderlich seien. Er bittet zu überdenken, ob das Vorhaben nicht einfacher gestaltet werden könne.

Herr Schliffler fragt nach, ob Überlegungen hinsichtlich möglicher Vandalismusschäden in die Planung eingeflossen seien. Vielleicht gäbe es Beispiele aus anderen Städten oder Szenarien für bestimmte Abläufe.

Herr Akay beklagt, dass in der bisherigen Diskussion Menschen wie Schwerverbrecher dargestellt würden. Im Stadtteil träfen mehrere Kulturen aufeinander. Die Menschen sollten integriert und nicht isoliert werden. Er regt eine sofortige Abstimmung an.

Herr Hoffmann stellt fest, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Verantwortung übernehmen müssten und Rechenschaft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern schulden. Es müsse eine Aufsicht da sein; dies beinhalte aus seiner Sicht keinen Generalverdacht.

Herr Thole betont, dass eine Zustimmung der CDU-Fraktion wegen der Kostenübersichtlichkeit nicht erfolge, da Folgekosten des Projektes unklar blieben. Die Bezirksvertretung habe für die Einwohnerinnen und Einwohner des gesamten Stadtbezirks zu sorgen. In diesem Kontext thematisiert Herr Thole ebenfalls die Öffnungszeiten der Bürgerberatung.

Herr Akay versichert, dass auch die SPD-Fraktion sehr wohl an Folgekosten interessiert sei. Er bedauert den aus seiner Sicht gezeigten Populismus.

Herr Thole weist darauf hin, dass das Bauamt in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 16.11.2016 versichert habe, dass keine Kosten für die Stadt Bielefeld entstehen werden.

Herr Dodenhoff erläutert, dass die Stadt Bielefeld als Dienstleister das Gebäude bereit stelle und eine Refinanzierung der Nebenkosten über die Miete erfolge, die aufgrund der öffentlichen Förderung der Investition perspektivisch sehr gering ausfallen werde. Er schlage vor, dass er im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch nachfrage, wie hoch die derzeitigen Mietkosten seien.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) drückt seinen Ärger darüber aus wie mit der Angelegenheit umgegangen werde. Die Frage sei, ob man Integration wolle oder nicht. Die Stadt müsse den Menschen im Stadtteil Gelegenheit geben sich zu integrieren. Natürlich müssten die Kosten bedacht werden. Er gehe davon aus, dass mit den Nutzerinnen und Nutzern der Stadtteilküche sicher Regeln gefunden werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s :**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt der Planung zum Neubau einer Stadtteilküche inkl. Begegnungsmöglichkeiten und das weitere Beteiligungsverfahren entsprechend der Vorlage zu.**

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

*Herr Thole hat an der Abstimmung im Rahmen von Pairing nicht teilgenommen.*

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 10\*

-.-.-

## **Zu Punkt 11 Multisportanlage Grundschule Stieghorst**

Herr Skarabis berichtet, dass ein Vertreter des Umweltbetriebes und eine Vertreterin des Immobilienservicebetriebes anlässlich der Bereisung am 22.05.2017 für die Grundschule Stieghorst den Bau einer Multisportanlage vorgestellt haben. Diese könne auf dem Schulhofgelände realisiert werden. Die Planung sowie die Kostenabwicklung wurden vor Ort bereits erläutert. Eine Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahme könne erfolgen, indem der Belag für das Kleinspielfeld auf dem Sportplatz ganz oder teilweise anderweitig finanziert werde. Dem zur aktuellen Sitzung eingereichten Plan sei die genaue Lage sowie die Abmessungen der Anlage zu entnehmen.

Ohne Aussprache ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst stimmt dem Bau einer Multisportanlage auf dem Schulhofgelände der Grundschule Stieghorst wie vom Umweltbetrieb vorgestellt zu.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 11\*

-.-.-

### **Zu Punkt 12 Wirtschaftsplan 2018 des Immobilienservicebetriebes; bezirksbezogene Baumaßnahmen im Stadtbezirk Stieghorst**

#### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 4891/2014-2020

Herr Skarabis erläutert die einzelnen Positionen des Wirtschaftsplanes und weist darauf hin, dass die Baumaßnahmen für die Osningschule bezüglich der Sanierung des Schulhofes bereits durchgeführt worden sind.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob die während der Bereisung offengelegten Probleme bereits in die Planung 2018 eingeflossen seien.

Herr Skarabis kann dies für viele, aber nicht für alle der während der Bereisung aufgezeigten Notwendigkeiten bestätigen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) möchte wissen, ob die Planung für die Schulwegsicherung für die Osningschule der Bezirksvertretung noch vorgestellt werde. Dies sichert Herr Skarabis zu.

Außerdem beantragt Herr Thole zunächst über die Vorlage ohne die Baumaßnahme Jugendhaus Sieker abzustimmen.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplanten Baumaßnahmen gemäß Anlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese, den Ausbau des Jugendhauses Sieker inklusive Stadtteilküche Sieker ausgenommen, im Wirtschaftsplan 2018 zu veranschlagen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen –

Anschließend bittet Herr Bezirksbürgermeister über die geplante Baumaßnah-

me des ISB, Ausbau Jugendhaus Sieker inklusive Stadtteilküche Sieker abzustimmen.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Stieghorst nimmt die vom Immobilienservicebetrieb geplante Baumaßnahme „Ausbau des Jugendhauses Sieker inklusive Stadtteilküche Sieker“ zur Kenntnis und empfiehlt dem Betriebsausschuss ISB / dem Rat der Stadt Bielefeld, diese im Wirtschaftsplan 2018 zu veranschlagen.**

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

*Herr Thole hat an der Abstimmung im Rahmen von Pairing nicht teilgenommen.*

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 12\*

-.-.-

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Skarabis verweist auf die mit der Einladung übersandte Aufstellung mit den entsprechenden Erläuterungen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) fragt nach, wann die Markierung an der Selhausenstraße nun erfolge.

Herr Skarabis berichtet, dass vom Amt für Verkehr noch kein genauer Termin benannt werden konnte.

Zur LTE-Versorgung (Sendemast Lämershagen) bitten die Mitglieder der Bezirksvertretung erneut bei der Telekom anzufragen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Stieghorst - 08.06.2017 - öffentlich - TOP 13\*

-.-.-

---

Reinhard Schäffer  
Bezirksbürgermeister

---

Anke Machnik  
Schriftführerin